

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Lesende,

ich begrüße Sie herzlich im Namen des Dokumentations- und Kulturzentrums und des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, welcher im Herzen der Altstadt seinen Sitz hat. Erinnerung ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft und unserer demokratischen Kultur. Wir danken der Stadt Heidelberg für ihr langjähriges Engagement in dieser Sache. Auch bedanke ich mich für die Möglichkeit, in diesem Jahr im Rahmen des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus ein Statement abgeben zu dürfen. Mit der Gedenktafel in der Steingasse Nr. 9 bekennt sich die Stadt Heidelberg solidarisch mit den Heidelberger Sinti, die damals als Mitbürger und Mitbürgerinnen aus der Mitte ihrer geliebten Heimatstadt gerissen wurden und dem Völkermord der Nazis zum Opfer fielen.

Dieser Gedenktag erinnert an das unermessliche Leid all jener Menschen, die unter der Nazi-Tyrannie Schreckliches über sich ergehen lassen mussten. Viele überlebten dieses Martyrium nicht. Solidarisch verbunden trauern wir mit den Angehörigen aller Opfergruppen.

500.000 Sinti und Roma fielen den Nationalsozialisten zum Opfer. Hinter dieser abstrakten Zahl verbergen sich die Schicksale der Männer, Kinder und Frauen, an die wir heute erinnern. Vergessen werden wir sie niemals, aber auch nicht die Verbrechen ihrer Peiniger. Uns allen obliegt die Verantwortung für Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit einzutreten und Antiziganismus, Antisemitismus und Rassismus zu ächten.

Erst 1982 wurde der Holocaust an den europäischen Sinti und Roma von einer deutschen Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt anerkannt. Bis dahin wurde die Verfolgung aus „rassischen Gründen“ und der Völkermord an den Sinti und Roma hinterfragt und in Abrede gestellt. Noch 1956 urteilte der Bundesgerichtshof, dass alle staatlichen Verfolgungsmaßnahmen vor 1943 legitim gewesen seien, weil sie von „Zigeunern“ durch „eigene Asozialität, Kriminalität und Wandertrieb“ selbst veranlasst

gewesen seien. Diese durch die Kontinuität antiziganistischer Stereotype gekennzeichnete Schuldabwehr durch Schuldumkehr bestimmte das kollektive Gedächtnis der Bundesrepublik noch Jahrzehnte nach Kriegsende. Viele Nazis konnten nach 1944 ungehindert ihre Karrieren fortsetzen und behielten weiterhin mit ihren politischen Positionen die Deutungshoheit über Sinti und Roma.

Erst die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma und der 1982 gegründete Zentralrat konnten materielle Entschädigung für die überlebenden Sinti in die Wege leiten.

Den Grundstein für die Menschenrechtsarbeit der Sinti und Roma haben Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler wie Romani Rose, Ilona und Reinhold Lagrene und viele andere Sinti gelegt. Im April 1980 traten zwölf Sinti auf dem Gelände der evangelischen Versöhnungskirche an der KZ-Gedenkstätte Dachau in den Hungerstreik. Sie forderten die offizielle Anerkennung des NS-Völkermords an den Sinti und Roma und die sofortige Beendigung der polizeilichen Sondererfassung von Sinti und Roma.

Für die jungen Menschenrechtsaktivisten der Sinti und Roma ist Romani Rose Leitfigur und Personifizierung eines unermüdlichen Kampfes gegen Rassismus und für die Anerkennung der gesellschaftlichen und kulturellen Leistungen von Sinti und Roma in Deutschland und ganz Europa. Die deutschen Sinti und Roma leben seit mehreren Jahrhunderten in Deutschland und sind integraler Bestandteil ihrer Heimat. Trotzdem werden die Angehörigen dieser Minderheit immer noch oft als Fremde stigmatisiert und nicht als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen.

In Anbetracht des gewaltbereiten Antiziganismus mit dem wir uns in der Arbeit im Zentralrat und Dokumentationszentrum täglich auseinandersetzen müssen, ist die Verwendung des „Z-Begriffes“ in Gastronomie, Mode, Lebensmittel- und Unterhaltungsindustrie allenfalls ein Parameter für das Bewusstsein von - oft latentem - Antiziganismus einer Gesellschaft.

2017 wurde die Forschungsstelle „Antiziganismus“ an der Universität Heidelberg eingerichtet. Diese geht der Grundlagenforschung über Diskriminierung der Sinti und Roma nach und leistet einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Rassismus und

Antiziganismus in unserer Gesellschaft.

Maßgeblich verantwortlich für Fremdzuschreibungen und Realitätsverzerrung, die zu Antiziganismus führen können, ist vielmehr die undifferenzierte Berichterstattung einschlägiger Medien. Printmedien, Internet und TV reproduzieren diese rassistischen Stereotype, stigmatisieren Sinti und Roma und treiben diese in die Anonymität.

Antiziganistische Bilder werden von Lesern und Zuschauern, die es nicht besser wissen - oder besser wissen wollen, als Realität wahrgenommen. Den Rechtspopulisten spielt dies in die Hände und dient als Steilvorlage für deren rassistische Hetze und geistige Brandstiftung, die wiederum zu latentem bis gewaltbereiten Antiziganismus führen.

Die immer noch virulente Gefahr des Antiziganismus wird durch terroristische Angriffe in Hanau und München sichtbar, bei denen auch junge Sinti und eine Romni ums Leben kamen.

Die Debatte um die „Armutszuwanderung in die deutschen Sozialsysteme“ wird auch heute noch gerne dafür verwendet, um Roma aus Südosteuropa auszugrenzen und gegen sie zu hetzen. Leider wird in Berichterstattungen, in gesellschaftlichen Diskussionen oder auf politischen Podien auch kein differenzierter Diskurs über die Heterogenität und die kulturelle Vielfalt der Minderheit geführt. Ganz gleich, ob es sich dabei um Bürgerinnen und Bürger aus der Gruppe der deutschen Sinti, die seit sechs Jahrhunderten in Deutschland leben, handelt, um die autochthonen Roma, die auch schon seit Jahrzehnten in Deutschland integriert sind, oder um jene Menschen, welche sich aufgrund rassistischer Verfolgung, sozialer Ausgrenzung und mangelnder Perspektive in ihren Heimatländern dazu gezwungen sehen zu uns zu kommen, in der Hoffnung auf ein besseres Leben für sie und ihre Kinder.

Meine Familie ist seit Generationen im süddeutschen Raum beheimatet und hat sowohl wirtschaftlich, als auch in kultureller Hinsicht dieses Land mitgeprägt. Mein Urgroßvater diente als Soldat im Ersten Weltkrieg. Nur wenige Jahre später wurden er und Teile seiner Familie in Konzentrationslager deportiert. Er überlebte, da ihn ein SS-Mann in letzter Sekunde aus der Gaskammer holte, in die das Gas bereits eingeströmt war. Man brauchte Musiker für eine Nazi-Feier. Mein Urgroßvater spielte Geige und er war noch benommen vom Gas als er in saubere Kleidung gesteckt wurde, um vor

seinen Peinigern zu spielen. Sein Sohn überlebte das KZ nicht. Viele Verwandte meiner Familie wurden damals in den Lagern ermordet.

Nach dem Krieg kämpfte er für „Wiedergutmachung“, da er sowohl körperlich als auch seelisch nach der Befreiung aus dem KZ schwer geschädigt war und seiner Arbeit als Geigenbauer nicht mehr nachkommen konnte. Auch im Land des Wirtschaftswunders stießen die meisten Sinti betreffend ihrer Forderung nach wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Teilhabe weder auf offene Ohren und schon gar nicht auf offene Herzen.

Trotzdem wollte er kein Opfer mehr sein, sondern „sein“ Deutschland zu einem besseren Ort machen. Er trat in die SPD ein und kämpfte für die Durchsetzung seiner Menschenrechte und für die soziale Demokratie.

Spätestens seit dem Einzug der Rechtspopulisten in den Bundestag wird klar, dass wir es mit einer Spaltung Deutschlands aufgrund hartnäckiger Ressentiments, offenem Rassismus und auch Antiziganismus zu tun haben. Es ist eine Schande für Deutschland, dass sich Überlebende des Völkermordes heutzutage an die aufkommende Machtergreifung der Nazis erinnert fühlen und sich Sorgen um die Zukunft ihrer Nachkommen machen.

Geschichtsversierte verorten die Sprache des AfD-Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag, Björn Höcke, zu recht im NS-Jargon. Ein Sprachstil in dem sich manche Anhänger dieser Partei bevorzugt in aller Öffentlichkeit ausdrücken.

Es gibt Menschen in unserem Land, die sich einen erneuten Rechtsnationalismus herbeisehnen. Man wählt einschlägige Parteien, unterwandert Demonstrationen. Als besorgte Bürger oder sozial abgehangene Personen mag allenfalls ein Bruchteil der Wähler der besagten Parteien gelten, sind es doch erwachsene und mündige Menschen, welche sich der dunklen Geschichte dieses Landes und der verheerenden Folgen des Zweiten Weltkriegs vollkommen bewusst sind.

Deutsche Sinti und Roma haben eine besondere Geschichte in diesem Land, in dem sie beinahe ausgelöscht wurden. Nur zehn Prozent von ihnen überlebten den Völkermord. Aber einige von uns überlebten, gründeten Familien, traten für ihre Bürgerrechte ein.

Und auch heute ist es notwendig, laut zu werden und sich einzumischen, wenn es um die Einhaltung der Rechte von Minderheiten geht. Denn wenn uns die Geschichte eines gelehrt hat, dann die Tatsache, dass wir bei Verletzung der Menschenrechte niemals schweigen dürfen. Wir müssen den ersten Artikel unseres Grundgesetzes hochhalten und andere davon abhalten, die Würde des Menschen mit Füßen zu treten.

Daher braucht es Begegnungsorte wie in Heidelberg, nicht nur um an das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte zu erinnern und die Opfer zu würdigen.

Wir erinnern uns auch daran, dass wir in unserem Kampf für den Erhalt einer freien Gesellschaft nicht alleine sind. Wir haben ein tolles Land, in dem Menschen leben, die zusammenstehen, wenn es darauf ankommt Menschenwürde zu verteidigen und Menschenrechte durchzusetzen.

Denn der beste Schutz gegen Rassismus und Ausgrenzung sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.